

# Auer Tageblatt

## und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:  
Fritz Rübner.  
Für die Inserate verantwortlich:  
Arthur Kappeler.  
beide in Aue.

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Druck und Verlag  
Gebrüder Benthner  
(Inh.: Paul Benthner)  
in Aue.

Spezialdruckerei der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags von 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Aue. — Fernsprecher 202.  
Für unentgeltlich eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Preis: Durch unsere Voten frei ins Haus monatlich 50 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 45 Pfg. und wöchentlich 10 Pfg. — Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 1.50 Mk. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1.92 Mk. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Deutscher Postzeitungskatalog — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Annahme von Anzeigen bis spätestens 9 1/2 Uhr vormittags. Für Aufnahme von größeren Anzeigen am bestimmten Stellen kann nur dann gebürgt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen.  
Inserationspreis: Die fluchtzeilenweise Korpuszeile oder deren Raum 10 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

### Diese Nummer umfasst 6 Seiten

#### Das Wichtigste vom Tage.

Die ehemalige Königin von Hannover hat sich einer Operation unterziehen müssen.

Amtlich wird bestätigt, daß die Festung Kaisulsi zerstört worden und Kaisulsi selbst ins Gebirge geflohen ist.

Kultusminister Dr. von Studt wird am Dienstag der Feier des Bischofsjubelums des Kardinals Kopp in Breslau betreiben.

Die freisinnige Volkspartei wird einen Antrag auf Wahlrechtsänderung für den preussischen Landtag einbringen.

\*) Näheres siehe unten.

#### Die Wahlpflicht der Regierung.

Der lauteste Schwarm der Bülowkommentatoren hat sich bereits wieder verlaufen, und nun kann die Kritik des Schreibens, die ruhige und ernsthafte Erwägung aller der Punkte, die der Kanzler für den liberalen Regierungsbund aufgeführt hat, beginnen. Es hat aber wenig Zweck, das ausführliche Schreiben an den Vorsitzenden des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie noch ausführlicher zu besprechen, das wir schon in unserer letzten Nummer getan haben. Es will als Ganzes genommen sein, als ein Aufruf zum Zusammenschluß der nationalen Parteien wider die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Polen und die Welfen, die nach der Ansicht des Kanzlers anti-national sind. Nun ist natürlich das merkwürdigste an dem ganzen etwas sonderbaren Schriftstück die Abrechnung des Kanzlers mit dem Zentrum, und die ist das wichtigste Stück des Schreibens. Wir begreifen es, wenn die Germania über den Erguß des Kanzlers nur lacht, denn dem Zentrum geschieht wahrhaftig durch die Logik des Kanzlers kein Abbruch.

Fürst Bülow argumentiert also: Die Regierung hat sich mit dem Zentrum gut gestellt, solange das Zentrum eben die Mittel bewilligte, die von ihm verlangt wurden. Aber das Zentrum wollte immer mehr Einfluss auf die Reichsregierung üben, und als es schließlich in der bekannten südafrikanischen Frage eine direkt anti-nationale und anti-patriotische Haltung einnahm, da ließ die Reichsregierung es zum Bruch kommen. Diese Schlussabrechnung des Bündnisses zwischen Regierung und Zentrum ist etwas unvollständig. Der Kanzler hätte noch mehr sagen können, aber der Diplomat in ihm gebot ihm wohl Schweigen. Uns geht es wenig an, wenn der Kanzler nicht mehr sagen will, aber wenn er dem Zentrum daraus einen Vorwurf machen will, daß es Einfluss auf die Regierung in politischen Angelegenheiten üben wollte, so dünkt uns das sonderbar. Fälle, wie der des Herrn Roeren sind nicht entschuldbar, aber jede Partei, die

Einfluss besitzt, wird ihn auch üben — das ist doch schließlich ihr ganzes Zweck! Wir haben die Zentrumspolitik ganz gewiß nicht zu verteidigen, aber eine Liebe ist der anderen wert. Und wenn die Regierung eben mit einer Partei zusammenging, so mußte sie auf die Wünsche dieser Partei eben solange Rücksicht nehmen, als diese Wünsche sich in anständigen und rechtlichen Grenzen hielten. Die Regierung wird schwer eine Partei finden, die ihr stets den Willen tut, aber niemals eigene Wünsche zu hegen sich getraut. Es ist nicht sehr verlockend für die nationalen Parteien, und insbesondere für die Liberalen, wenn die Regierung durchblicken läßt, daß sie nur eine Taschengeld-Maschine braucht, die Mehrheit des Reichstages aber nicht mitreden lassen will. Indes, darüber würde sich ja noch reden lassen!

Wird nun der Brief des Kanzlers, der jedenfalls aus einer wohlwollenden Absicht heraus entstanden ist, die gewünschte Wirkung tun? Soweit der Kanzler nationale Affordere schlägt, wohl. Die Einigung der nationalen Parteien scheint doch zum größeren Teil glücken zu sollen, unser liebes Sachsen natürlich ausgenommen, weil bei uns die agrarisch-konservativen Herren immer eine Extramarke haben wollen. Nur wird leider gerade in der letzten Zeit von scharfmacherischen Seite wieder ein heftiger Vorstoß gegen das allgemeine Wahlrecht geübt, und Generalleutnant v. Liebert, an den der Kanzler sein Schreiben richtete, steht diesen scharfmacherischen Tendenzen durchaus nicht ferne. Was in den Hamburger Nachrichten jüngst zu lesen war, das war bitter für alle Freunde des Fortschrittes, und die Leute, die hinter dem Blatt stehen, sind sehr gesinnungsverwandt mit denen, die den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ins Leben riefen und ihm zur Zeit vorstehen. Deshalb hat es uns von Anfang an sehr leid getan, den Kanzler in dieser Gesellschaft zu sehen. Das hätte der Kanzler wissen sollen, daß der allnähe Umgang mit den Herren vom Reichsverband ihn in den Augen der liberalen Wählerschaft nicht gerade befördert erhebt. Oder sollte darin bereits eine Anbeutung auf kommende Dinge liegen? Sollte sich der Kanzler etwa schon mit den Gedanken eines scharferen Vorgehens gegen die Sozialdemokratie, wie es beispielsweise Karl Peters verlangt, ein wenig befreundet haben?

Da sollte man denn doch nicht gleich beim Zusammentritt des neuen Reichstages einmal den Kanzler auf Herz und Nieren prüfen, denn daß die Liberalen alle Schattierungen, deren sich der Kanzler nunmehr gar so liebevoll annimmt, unter den oben angedeuteten Verhältnissen mit der Regierung gehen könnten, das ist denn doch ausgeschlossen. Wir wissen wohl, daß sich in rechtsliberalen Kreisen auch ein gewisser Widerwille gegen das bestehende Wahlrecht festgesetzt hat und mit großer Zähigkeit haften bleibt. Verschiedentliche Vorkäufereien haben das schon längst klar erkennen lassen, und wenn auch die um Wasser und weiter nach links treu an den alten Errungenschaften des Liberalismus festhalten, so ist der Zug nach rechts doch größer, als man allgemein annehmen möchte. Und wir fürchten sehr, daß nach den Wahlen dieses Hinneigen zur verkappten und offenen Reaktion noch bedeutender wird, als es leider schon ist.

Da wäre es schon gut, wenn man sich gleich im Prinzip da-

rüber möglichst klar würde, ob die Regierung reaktionäre Pläne verfolgt oder nicht. Wir meinen, die Regierung wird ihr Verhalten so einrichten, wie eben die Reichstagswahl ausfällt. Da könnte man schon vorher etwas bestimmend auf die künftige Gestaltung der Politik einwirken, wenn man sich die Kandidaten jeht, da es noch Zeit ist, ganz genau anzusehen. Man kann national sein, ohne reaktionär zu sein. Man stelle deshalb Kandidaten auf, die national denken und fühlen, die aber für ein gesundes Fortschreiten sind! Für die Liberalen ist bei den Zankern nichts zu holen und zu wollen — mögen sie deshalb dahin wirken, daß nicht ein reaktionärer Blod, sondern ein liberaler Nationaler künftighin mitzuregen hat bei der Gestaltung der deutschen Politik. Dazu regt die Wahlpflicht des Reichskanzlers ganz besonders an.

### Politische Tageschau.

Aue, 7. Januar 1907.

#### Die deutschen Kolonien in Chile.

Wie dilettantisch und planlos unsere Kolonialpolitik bisher betrieben wurde, das zeigt sich am besten in der auffallend neutralen Haltung, welche die Deutsche Reichsregierung gegenüber den deutschen Ansiedlungen in den überseeischen Ländern einzunehmen pflegt. Um ja nicht in den Verdacht zu kommen, die deutschen Ansiedlungen etwa in Südamerika dem deutschen Kolonialbesitz einzuverleiben, behandelt man in der Wilhelmstraße die Volksgenossen, die sich in fernen Ländern ein neues Heim geschaffen haben, sozusagen als Stiefkinder. Darüber führt wieder die Deutsche Zeitung in Valdivia herzbewegliche Klage, indem sie darauf hinweist, welchen fruchtbaren Ackerboden die deutschen Ansiedler in Chile aus den Urwäldern geschaffen haben. Jetzt, wo ein Menschenalter hindurch der Deutsche diese schwerste Arbeit vollbracht hat, beginnt erneut im großen Umfang der Zug der anderen Nationen insbesondere der Italiener, die sich in das von Deutschen gemachte Bett legen. Vom Norden bis zum Süden wirke die ganze italienische Kolonie gemeinsam mit ihrem Gesandten und ihrem Konsul, ihrer Presse und Kaufmannschaft für das italienische Volkstum. Dagegen finden die deutschen Ansiedler bei ihren Bestrebungen weder bei der deutschen Regierung mit ihren Gesandten und Konsuln irgend welche Unterstützung. Zum Schluß greift das genannte Blatt das deutsche Konsulatwesen in Chile an, dem es Bequemlichkeit und Interessenslosigkeit vorwirft. — Das sind böse Anklagen, die aber sicher nicht unbegründet sein werden, denn man weiß ja zur Genüge, daß unserer Regierung das Deutschtum im Auslande heilubal ist. Es scheint demnach, als ob der Deutsche, trotz dem sein Mutterland eine Weltmacht geworden ist, wenn er sich im Auslande niederläßt, noch immer in der Hauptsache die Rolle des Kulturjägers spielt wie seine Vorfahren vor anderthalbtausend Jahren. Es würde sich jedenfalls viel besser rentieren haben, wenn wir von dem Gelde, das uns bisher unser südafrikanischer Besitz gelistet hat, einen Teil zur Unterstützung der blühenden deutschen Ansiedlungen in Südamerika verwendet hätten.

### Herrn Semmlers Fernando-Po-Projekt.

Am 9. Dezember wurde in der Presse ein eigenartiges Vorkommnis in der Budgetkommission des Reichstages bekannt. Herr Erzberger hatte den Abg. Dr. Semler beschuldigt, im Jahre 1904 einem Hamburger Kaufmann namens Goerne angeboten zu haben, er möge sich in Fernando-Po ansiedeln, mit einer von der Deutschen Bank vorzustellenden Summe von 200000 Mark eine Farm gründen usw. und später mit der spanischen Regierung einen Streit vom Zaun brechen. Die deutsche Regierung werde dann event. kriegerisch eingreifen. Semler erklärte damals, er könne sich bei der Sache nicht entsinnen. Einige Tage darauf bestritt er in der Budgetkommission Erzbergers Angaben und legte ein Schreiben seines Kompagnons Dr. Bitter vor — Semler ist Rechtsanwalt in Hamburg —, worin dieser ihm attestierte, daß es sich bei jenem Gespräch um ein Mißverständnis des Herrn Goerne gehandelt haben müsse, daß von einer Beteiligung der Deutschen Bank, von der Anzettelung eines Putches und dergl. nicht die Rede sein könne. Außerdem wurde von einer Geisteskrankheit Goernes gesprochen, von der auch schon Kolonialdirektor Dernburg in der Kommission geredet hatte. Diese gab sich mit der Erklärung Semlers zufrieden, und selbst der Abg. Spahn meinte, daß Erzberger sich nur auf den beteiligten Goerne als Zeugen berufen könne, während Dr. Semler einen ganz unerbittlichen Zeugen zu seinen Gunsten anführen könne. Jedes bürgerliche Gericht würde daher im Zweifelsfalle zugunsten des Abgeordneten Semler entscheiden.

Damit ruhte die Affäre. Herr Goerne selbst, der als Narr und Geschichtsträger beschuldigt, ist bisher noch nicht zu Worte gekommen. Nun aber erhält die Berliner Morgenpost von Herrn Goerne selbst einen ausführlichen Brief über die

Angelegenheit, der denn doch die Veranlassung bieten müßte, die Sache wieder aufzunehmen, da die Darstellung Goernes so präzis und ruhig ist, daß sie nicht totgeschwiegen werden kann. Wir lassen den Brief des Herrn Gottlieb Goerne hier folgen. Er lautet: „In Ihrem geschätzten Blatte befinden sich ausführliche Berichte über die in der Budgetkommission des Reichstages bei den Kolonialverhandlungen vorgekommenen Besprechungen eines geplanten Putches zur Annexion der Spanien gehörenden Insel Fernando-Po. — Bei dieser Gelegenheit wurde auch wiederholt mein Name als Gewährsmann des Abgeordneten Herrn Erzberger genannt. Da ich auf längeren Reisen in Deutsch-Südwestafrika das Land vom äußersten Süden bis zum Norden, vom Osten bis Westen durchquert und alle drei Aufstände selbst mit erlebt habe, so glaube ich, in der Lage zu sein, ein zutreffendes Urteil darüber abgeben zu können, was unseren afrikanischen Kolonien nicht tut, um gesunde wirtschaftliche Verhältnisse herbeizuführen, und halte mich verpflichtet, nochmals auf die Angelegenheit eingehend zurückzukommen.“

Ich bin der festen Überzeugung, daß bei einer richtigen und sachgemäßen Leitung die Kolonien ausblühen und unserem deutschen Vaterlande zum Nutzen gereichen müssen. Ich habe es immer als meine Aufgabe betrachtet, vorhandene Mißstände rückstandslos aufzudecken, um deren Abstellung herbeizuführen. Ich sehe aber die größte Gefahr für den deutschen Besitz, wenn übereifrige Kolonialschwärmer das Deutsche Reich in Abenteuer verwickeln wollen, welche dasselbe in Konflikt mit anderen kolonialen Mächten bringen könnten, und deshalb ist eine wahrheitsgemäße Aufklärung über die Besprechungen, welche ich mit dem Abgeordneten Herrn Dr. Semler über Fernando-Po im Juni 1904 gehabt habe, meiner Überzeugung nach vom allgemeinen Interesse. Ich sehe für jetzt davon ab, näher auf die persönlichen Kränkungen einzugehen, welche von Herrn Dr. Bitter und dem in dieser Sache sehr schief infor-

mierten Herrn Kolonialdirektor Dernburg mir widerfahren sind. — Die Art und Weise, in welcher mein früherer Anwalt Herr Dr. Bitter Bemerkungen über mich gemacht hat, die meine Glaubwürdigkeit anzweifeln sollten, wobei ich nur konstatieren möchte, daß ich, was gefestigt ist von ihm verschwiegen worden ist, von sachverständiger Seite für völlig geistig gesund erklärt bin, was gerichtsfestig anerkannt wurde — richtet sich von selbst, und ich habe in dieser Beziehung, da meine persönliche Ehre angegriffen ist, die erforderlichen Schritte durch meine Anwälte Herrn Dr. Heymann und Dr. Horowitz eingeleitet.

Zur Sache selbst bemerke ich, daß seitens Herrn Dr. Semler die Angelegenheit in tendenziöser Weise vollständig entstellt wiedergegeben ist. — Herr Dr. Semler leidet offenbar an einer ledauerlichen Gedächtnisschwäche, was ohne weiteres daraus hervorgeht, daß er, trotzdem er mit mir seit Oktober 1901 bekannt ist und ich wiederholte Unterhandlungen und Korrespondenzen mit ihm gehabt habe, dem Abgeordneten Herrn Erzberger im Jahre 1906, wie derselbe mir schriftlich mitteilte, auf Befragen erklärt hat, „er kenne mich überhaupt nicht!“ — Die maßgebende Unterredung hat nicht in Gegenwart des Herrn Dr. Bitter stattgefunden und dieser Herr ist deshalb durchaus nicht in der Lage, irgend etwas von ausschlaggebender Bedeutung in der Sache mitzuteilen. Von der in Betracht kommenden Unterredung mit Dr. Semler, die unter vier Augen in dessen Zimmer stattfand, sind nur einige einleitende Worte in Gegenwart von Dr. Bitter vorher in dessen Zimmer gefallen und dieser Herr wünschte mir zu den mir zu machenden Vorschlägen im voraus Glück, als ich ihn verließ.

Schon im August 1904 hat Dr. Bitter einem Freunde von mir, Herrn August Stolley, erklärt, daß ein Projekt vorläge, durch welches ein gutes Fortkommen für mich gesichert sei, er könne aber nicht darüber sprechen, denn die Sache sei tiefstes Geheimnis. Ich habe nicht nötig, mich auf mein Gedächtnis zu